

4086/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4405/J der Abgeordneten Matthias Ellmauer und Kollegen vom 13. Mai 1998, betreffend die Zinsbelastung des Bundes, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Laut letzten Wirtschaftsdaten der Europäischen Kommission liegt Österreich im internationalen Vergleich mit seinen Zinskosten (als Anteil an der jeweiligen Finanzschuld) nach Luxemburg an zweiter Stelle. Zur Verdeutlichung verweise ich auf die in der Anlage beigeschlossene graphische Darstellung der "Zinszahlungen der Gesamtstaaten in % der öffentlichen Verschuldung Ende 1997". Zudem muß betont werden, daß eine weitere Ausnützung der derzeit niedrigen variablen Zinsen in heimischer bzw. in fremder Währung nur durch Inkaufnahme von zusätzlichen Risiken (Zinssaldenrisiko, Wechselkursrisiko) kurzfristig erreichbar sein kann.

Zu 2.:

Das Portefeuille der österreichischen Finanzschuld wird aktiv verwaltet und unter Berücksichtigung der Risikoparameter eine möglichst geringe Zinskostenbelastung angestrebt. Da der gezeigte internationale Vergleich den Erfolg dieser Politik bestätigt, erscheinen derzeit weitere Maßnahmen nicht zielführend. Vertraglich zugesicherte Kündigungsmöglichkeiten von Mittelaufnahmen mit nicht optimalen Zinsbedingungen werden kontinuierlich genutzt.

Zu 3.:

Das kurzfristige Segment wird risikobewußt bedient, eine stärkere Ausnützung würde auch die Zinszahlungen für die Finanzschuld stärker schwanken lassen (Zinssaldenrisiko). Nähere

Details dazu sind dem Finanzschuldenbericht zu entnehmen. Zudem spricht auch das historisch niedrige Renditenniveau bei langlaufenden Anleihen für eine starke Nutzung des Rentenmarktes, um die Zinskosten langfristig niedrig zu halten. Auch legt das Ziel, die "Stabilität Österreichs im Hinblick auf die Konvergenzkriterien sicherzustellen" eine weitgehend vorausschaubare Entwicklung der Zinszahlungen - als wesentlicher Kostenteil des Budgets - nahe.

Zu 4.:

Diese Frage kann nur im Zusammenhang mit Zinszyklen und Wechselkurstrends diskutiert werden, was bedeutet, daß jede derartige Schätzung prognoseabhängig ist. Konkrete Daten können daher nicht angegeben werden. Grundsätzlich kann aber davon ausgegangen werden, daß höhere Zinsersparnisse auch mit höheren Zins - und Wechselkursrisiken verbunden sind.

Zu 5.:

Das Ausmaß der Verzinsung der Staatsschuld wird auf die Gestaltung der nächsten Steuerreform keinen Einfluß haben. Eine derartige Verknüpfung wäre schon deshalb nicht sinnvoll, weil es bei der nächsten Steuerreform im wesentlichen um Maßnahmen im Bereich der Steuerstruktur gehen wird. Ein Zusammenhang mit der Verzinsung der Staatsschuld ist diesbezüglich jedoch nicht gegeben.

Zu 6.:

Vorab wäre zu prüfen, ein wie hohes Wechselkurs - und Zinsrisiko das Bundesland Oberösterreich eingegangen ist, um eine Verzinsung in der angegeben Höhe zu erreichen. Ein aussagekräftiger Vergleich wäre nur bei einem vergleichbaren Risikoprofil möglich. Im übrigen verweise ich auf meine bisherigen Ausführungen.

Zu 7.:

Da Bundesanleihen als Inhaberwertpapiere aktiv am Sekundärmarkt gehandelt werden, ist aus der Sicht des Bundesministeriums für Finanzen hinsichtlich der Zusammensetzung des Portefeuilles keine Aussage in Bezug auf die österreichische Bankenstruktur zu treffen.

Anlage konnte nicht gescannt werden!!!